



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE NEUEN HISTORISCHEN MUSEEN IN POLEN

- **ANALYSE**
Politik im Museum –
der Kampf um Deutungshoheiten im polnischen Museumsboom 2
Monika Heinemann, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon
Dubnow, Leipzig
- **DOKUMENTATION**
Geschichtsmuseen in Polen (Auswahl) 8
Prof. Dariusz Stola: Sie reden von Patriotismus und Nation, meinen aber das Interesse der
Partei und der Fraktion
Interview, 26. April 2020 8
- **LESEHINWEIS**
Paweł Machcewicz: Der umkämpfte Krieg 12
- **STATISTIK**
Covid-19 in Polen 13
- **CHRONIK**
Covid-19-Chronik, 16. Juni – 6. Juli 2020 16
- **CHRONIK**
16. Juni – 6. Juli 2020 18

Die nächste Nummer der Polen-Analysen erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, den 1. September 2020. Die Redaktion wünscht ihren Leserinnen und Lesern eine erholsame Sommerzeit.

Politik im Museum – der Kampf um Deutungshoheiten im polnischen Museumsboom

Monika Heinemann, Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow, Leipzig

DOI: [10.31205/PA.259.01](https://doi.org/10.31205/PA.259.01)

Zusammenfassung

Seit 2004 hält in Polen ein beispielloser Museumsboom an, der sowohl Geschichts- als auch Kunstmuseen umfasst. Debatten, Streit und Emotionen rufen jedoch besonders die zahlreichen neuen historischen Museen hervor. Ihre Präsentationen ringen nicht nur um eine (Neu-)Definition dessen, was und vor allem wer als Teil polnischer Geschichte wahrgenommen werden kann bzw. soll. Teil der intensiven Debatten ist ebenso die Frage nach den Zielen musealer Geschichtsvermittlung. Mit dem Regierungswechsel 2015 haben diese Auseinandersetzungen eine neue Qualität erreicht. Die Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) treibt seitdem offensiv die Durchsetzung ihrer Geschichtsdeutungen voran und greift hierfür die inhaltliche und organisatorische Autonomie von Museen an. Zahlreiche international renommierte Einrichtungen kämpfen aktuell darum, ihre Arbeit unabhängig von politischen Einlassungen und Vorgaben fortführen zu können.

Affirmative und kritische Geschichte in narrativen Ausstellungen

Am Beginn des polnischen Museumsbooms stand zunächst eine ästhetische und kommunikative Revolution. Neue Schauen kreierten mithilfe umfassender szenografischer und inszenatorischer Arrangements Raumwelten, die alle Sinne der Besucher ansprechen und ihnen den Eindruck vermitteln, buchstäblich in die Vergangenheit einzutauchen. Umfangreiche Geräusch- und Raumkulissen, Objekte und Installationen, die berührt, geöffnet, begangen werden können, eine Flut digitaler Präsentationen – die sogenannten narrativen Ausstellungen wurden vom Publikum mit Begeisterung aufgenommen und lockten wahre Besucherströme in die neuen Geschichtsmuseen. Initiator und bis heute wesentlicher Referenzpunkt dieser Ausstellungsweise war das Museum des Warschauer Aufstands (*Muzeum Powstania Warszawskiego*), das 2004 unter landesweiter medialer Aufmerksamkeit eröffnet wurde. In den folgenden Jahren etablierten sich mit umfassenden Szenografien und multimedialen Elementen arbeitende Ausstellungen als *state of the art* im polnischen Museumswesen – wenn sie auch meist nur von gut finanzierten Institutionen und Vorzeigeprojekten realisiert werden können, mithin vor allem in regionalen Zentren zu finden sind.

Im Gegensatz zu dieser weitgehenden Uniformität im gestalterischen und medialen Ansatz, der sich im ersten Jahrzehnt des Booms entwickelte, stand die Breite der transportierten Deutungen. Denn mit den neu entstandenen Museen und Ausstellungen haben die musealen Geschichtsbilder des Landes eine bis dato nie dagewesene Pluralisierung erfahren. Sehr unterschiedlich gefasst wird in Ausstellungen insbesondere die Definition der polnischen Gemeinschaft und Nation und

damit die Frage danach, welche religiösen, ethnischen, sozialen und politischen Gruppen als Teil der polnischen Vergangenheit verstanden werden.

Dies betrifft zunächst die gewählten Protagonisten der musealen Erzählungen. Die Bandbreite an Perspektiven changiert dabei zwischen zwei Polen: Der eine wird markiert von Schauen, die auf einer exklusiven ethnisch-nationalen Definition dessen basieren, was als »polnische Geschichte« verstanden wird. Im Zentrum steht in diesen Präsentationen die ethnisch polnische, christliche bzw. katholische Bevölkerung; Minderheiten bleiben weitgehend außen vor. Den anderen Pol bilden Ausstellungen, denen ein integratives staatsbürgerliches Verständnis polnischer Geschichte und Gemeinschaft zugrunde liegt, in der verschiedene religiöse und ethnische Gruppen als gleichberechtigte Elemente der lokalen oder regionalen Geschichte in Erscheinung treten.

Wesentliches Kennzeichen des gegenwärtig zu besichtigenden Interpretationsspektrums ist zudem der Umgang mit (früheren) Tabuthemen. Hierbei tritt besonders deutlich der Unterschied zwischen der »kritischen« und »affirmativen« Geschichte zu Tage – Schlagworte, die im Kontext einer Anfang des Jahrhunderts entbrannten Debatte um die Ausrichtung und Inhalte staatlicher Geschichtspolitik in Polen aufkamen. Museumsmacher, die der erstgenannten Position eines sogenannten kritischen Patriotismus nahestehen, zeigen in ihren Schauen verschiedene, darunter widerstreitenden Perspektiven auf historische Ereignisse und Situationen auf und benennen auch negative Aspekte polnischer Geschichte offen, beispielsweise in Bezug auf die polnisch-jüdischen Beziehungen während des Holocaust. Andere Museen hingegen sparen solche Inhalte nach wie vor fast vollständig aus und entwerfen eine

apologetische, heroisch-martyrologische Vision polnischer Vergangenheit.

Eng verbunden sind diese unterschiedlichen Herangehensweisen mit einer bis in die Gegenwart andauernden Debatte um die Ziele musealer Geschichtsvermittlung. Viele Ausstellungsmacher und Museumsverantwortliche stehen dem sogenannten affirmativen Ansatz der Deutung polnischer Geschichte nahe. Sie sehen ihre Aufgabe in der Stärkung eines ausschließlich positiven Selbstbildes der Nation und unterstützen die Prägung eines unkritischen, »bestärkenden« Patriotismus. Andere Museumsmacher haben sich dagegen bislang verschwiegenen Teilen ihrer lokalen und regionalen Geschichte geöffnet. Dort findet etwa die multikulturelle Zusammensetzung der lokalen Gemeinschaften vor 1945 verstärkt Beachtung. Immer mehr Ausstellungskuratoren fordern ihr Publikum auch heraus, mit der offensiven Darstellung von Brüchen, aber auch mit der Verweigerung linearer Erzählungen.

Die Ausdifferenzierung des musealen Angebots hat inzwischen auch die verwendeten Präsentations- und Kommunikationsformen erreicht. Die sogenannten narrativen Ausstellungen haben den Zenit ihres Erfolgs überschritten. Neuere Schauen stellen verstärkt originale Objekte ins Zentrum und verzichten mitunter ganz auf ausgefeilte digitale Präsentationen. Diese Entwicklung ist keinesfalls ein Zeichen einer Retraditionalisierung auch im inhaltlichen und interpretatorischen Ansatz. Oftmals findet er gerade bei innovativen Ausstellungskonzepten Anwendung, wofür die erst jüngst fertiggestellte neue Dauerausstellung des Warschauer Stadtmuseums nur ein Beispiel ist.

Bis heute bestehen solch differente historische Perspektiven, Deutungsangebote aber auch Präsentationsformen parallel nebeneinander, ohne dass sich eine deutungsvorgebende Institution herauskristallisiert hat.

Die Einflussnahme der regierenden PiS auf historische Museen

Eine neue Phase erlebt der Museumsboom jedoch seit der Regierungsübernahme durch die PiS im November 2015. Sie ist gekennzeichnet durch eine provokante Geschichtspolitik der Regierung, die die Durchsetzung der eigenen Geschichtsbilder gerade in Museen vorantreibt, unter Missachtung oder sogar bei aktivem Vorgehen gegen die institutionelle Unabhängigkeit einzelner Häuser. Um die neue Qualität dieses Vorgehens zu verdeutlichen, zunächst ein kurzer Rückblick.

Die politische Wahrnehmung einzelner Museumsprojekte kennzeichnete den Museumsboom von Beginn an. So wird das Museum des Warschauer Aufstands bis heute als Flaggschiff der Geschichtspolitik der PiS sowohl von dieser selbst verstanden als auch von außen wahrgenommen. Nicht nur wurde seine Realisierung

vom damaligen Warschauer Stadtpräsidenten und späteren Präsidenten Polens Lech Kaczyński aus den Reihen der PiS durchgesetzt. Auch entsprechen die in dem Museum präsentierten Perspektiven der Geschichts- und Gesellschaftsvision dieser Partei. Der Erfolg des Museums beim Publikum, insbesondere die erfolgreiche Durchsetzung seiner Sichtweise auf den Aufstand in der breiten gesellschaftlichen Wahrnehmung, trugen erheblich dazu bei, dass historische Museen in den Fokus der Aufmerksamkeit politischer Auseinandersetzungen rückten. Zahlreiche folgende Museumsprojekte wurden und werden mit einzelnen Parteien in Verbindung gebracht, allen voran den Regierungsparteien. So wurde etwa das Museum der Geschichte Polens (*Muzeum Historii Polski*) 2006 von der zu diesem Zeitpunkt regierenden PiS initiiert, die Realisierung des Museums des Zweiten Weltkrieges (*Muzeum Drugiej Wojny Światowej – MIIWŚ*) in Danzig (Gdańsk) seit 2008 dagegen von der damaligen Regierungspartei Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) ermöglicht.

Bis zur Regierungsübernahme der PiS jedoch fand bei den Projekten keine unmittelbare Einflussnahme politischer Akteure auf die Inhalte und Ausgestaltung der Arbeit statt. Eine allgemeine Ausrichtung der Museen wurde vielmehr durch die Auswahl bzw. Beauftragung der jeweiligen (Gründungs-)Direktoren getroffen, deren folgende Handlungen jedoch autonom blieben. Der große Einfluss der Politik bei diesen Projekten bestand in der Bereitstellung – oder Verweigerung – der notwendigen erheblichen finanziellen Mittel zu ihrer Realisierung.

Dies änderte sich Ende 2015. Das erste Ziel der neuen Regierung wurde das Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig, das zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal eröffnet worden war. Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS, hatte die Umgestaltung der geplanten Schau dieses Museums bereits im Juni 2013 als Ziel einer zukünftigen PiS-Regierung formuliert. Er wolle sie dergestalt ändern, dass sie »den polnischen Standpunkt« wiedergebe – ohne freilich zu spezifizieren, was genau dies beinhalten sollte.

Das Museum des Zweiten Weltkrieges

Widerstand rief bei mit der PiS sympathisierenden Kritikern insbesondere die auf die Zivilbevölkerung gerichtete Perspektive der geplanten Schau hervor. Vorgeworfen wurde den Ausstellungsauteuren, sich damit allein auf negative Aspekte des Krieges zu konzentrieren und dessen »zweite Seite – die Stärkung des Charakters« – zu vernachlässigen. Die pazifistische Grundaussage der Präsentation kritisierten vom Ministerium beauftragte Rezensenten gar als volksrepublikanische Sichtweise. Obwohl sich das Museum in ausschließlich staatlicher Trägerschaft befindet, konnte der zuständige Minister

für Kultur und Nationales Erbe (*Ministerstwo Kultury i Dziedzictwa Narodowego*) jedoch nicht ohne Weiteres die laufende Amtszeit des Direktors beenden. Im April 2016 verkündete Minister Piotr Gliński schließlich die Absicht, das Museum mit dem erst kurz zuvor von ihm selbst gegründeten und bis dato lediglich auf Papier bestehenden Museum der Westerplatte und des Krieges 1939 (*Muzeum Westerplatte i Wojny 1939*) zu vereinen. Ziel dieser Maßnahme war es, die bisherige Direktion auszuwechseln und dadurch die konzeptionell bereits fertiggestellte Dauerausstellung noch vor ihrer Eröffnung zu verändern.

Gegen die Entscheidung des Ministers gingen Direktor Paweł Machcewicz und der Bürgerrechtsbeauftragte gerichtlich vor. In der dadurch gewonnenen Zeit gelang es dem Museumsteam, die Präsentation umzusetzen und am 23. März 2017 zu eröffnen. Letztlich ermöglichte jedoch ein Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts Anfang April 2017 die Vereinigung beider Institutionen. Bereits am folgenden Tag setzte der Minister einen kommissarischen Direktor für das neu geschaffene Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig ein. Der international renommierte Gründungsdirektor wurde von einem weitgehend unbekanntem, aber der *PiS* nahestehenden Historiker ersetzt. Auch Machcewiczs zwei Stellvertreter verloren ihre Positionen. In den folgenden Monaten verließen zahlreiche weitere, vor allem wissenschaftliche Mitarbeiter unter mittelbarem oder unmittelbarem Druck das Haus. In der Dauerausstellung wurden seitdem zahlreiche Eingriffe vorgenommen mit dem Ziel, ein heroisch-martyrologisches Narrativ der polnischen Nation im Krieg einzuführen. Die Ausstellungsaufbauten gehen dagegen gerichtlich vor.

Dieser bis dato einmalige Vorgang eines direkten politischen Angriffs auf die organisatorische und inhaltliche Autonomie einer bedeutenden nationalen Kulturinstitution hat nicht nur im Land selbst, sondern auch im Ausland massive Proteste hervorgerufen; diese blieben jedoch folgenlos.

ECS, POLIN und die Strategie der Konkurrenzgründungen

Das *MIIWŚ* war nicht das einzige prominente Museum, das sich Versuchen politischer Einflussnahme erwehren muss. Bei der Vorgehensweise der Regierung bzw. des zuständigen Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe zeichnen sich inzwischen einige grundlegende Strategien ab.

Zentral sind insbesondere Bemühungen um die Gewinnung von Einfluss auf Personalentscheidungen, insbesondere auf die Besetzung der Direktorenposten, die im Weiteren eine Anpassung der inhaltlichen Arbeit einzelner Institutionen im Sinne der Regierungsvorstellungen ermöglichen sollen. Druck in diese Richtung

wird insbesondere zum Zeitpunkt einer anstehenden Verlängerung des Vertrags von Amtsinhabern ausgeübt. Jüngste Beispiele hierfür sind Auseinandersetzungen um das Europäische Solidarność-Zentrum (*Europejskie Centrum Solidarności – ECS*) in Danzig sowie das Warschauer Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN (*Muzeum Historii Żydów Polskich POLIN*).

Das Missfallen der neuen Regierung dem *ECS* gegenüber äußerte sich erstmals prominent anlässlich der Wiederberufung seines Direktors Ende 2017. Die Ausschreibung für die Besetzung der Stelle, die Basil Kerski bereits seit 2011 innehatte, entschied dieser im Dezember 2017 klar für sich – die einzige Gegenstimme der Auswahlkommission stammte von einem (der insgesamt drei) Vertreter des Ministeriums für Kultur und Nationales Erbe. Trotz seiner Verpflichtung zur Unterzeichnung der Nominierungsurkunde weigerte sich jedoch der Minister dies zu tun – ein Vorgehen, das in diesem Fall zwar primär symbolische Bedeutung hatte, aber bereits die Stoßrichtung der *PiS* in Bezug auch auf dieses Museum ankündigte. Vorgeworfen wurden dem *ECS* insbesondere eine vermeintlich fehlende oder zu geringe Berücksichtigung der Aktivitäten von Gewerkschafts- und Widerstandsakteuren, die der heutigen *PiS* nahestehen, in der Dauerausstellung sowie das angebliche Zulassen politischer Betätigung auf seinem Gelände.

Auch im Falle des *POLIN*-Museums fokussierte sich das Missfallen der Regierung auf die Person des Direktors. Zunächst widersetzte sich Minister Gliński im Februar 2019 der möglichen Vertragsverlängerung Dariusz Stolas, die die Stadt Warschau sowie der Verein Jüdisches Historisches Institut (*Stowarzyszenie Żydowski Instytut Historyczny*) – zusammen mit dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe die institutionellen Träger des Museums – beide befürworteten. Die daraufhin organisierte gemeinsame Ausschreibung für den Direktorenposten konnte Stola im Mai 2019 für sich entscheiden. Auch hier verweigerte der Minister jedoch den Vollzug der Ernennung, zu der er rechtlich verpflichtet war. Im Falle *POLIN*s hatte dies jedoch deutliche Auswirkungen auf die Tätigkeit des Museums, da der Direktor nicht seine Arbeit aufnehmen konnte. Zahlreiche private Geldgeber froren daraufhin ihre Zahlungen ein, was die laufenden wie auch die geplanten Aktivitäten des Museums stark beeinträchtigte. Nach neun Monaten des Wartens und der drohenden Berufung eines kommissarischen Direktors seitens des Ministeriums verzichtete Dariusz Stola schließlich selbst auf die Position, unter der Bedingung, dass die drei Träger sich auf einen Direktor einigen, was auch geschah; sein bisheriger Stellvertreter wurde als neuer Leiter des Hauses ernannt.

Zur Zielscheibe wurde Stola unter anderem durch seine scharfe Kritik an der Novellierung des Gesetzes

über das Institut für Nationales Gedenken (*Institut Pamięci Narodowej – IPN*), in der ausländischen Presse irreführenderweise als »Holocaust-Gesetz« bezeichnet. Diese brachte ihm den Vorwurf vermeintlich zu großer politischer Aktivität ein. Als weiterer Hintergrund wird eine Kontroverse um die Sonderausstellung des Museums zum fünfzigsten Jahrestag der antisemitischen Kampagne von 1968 gesehen. Die Schau »Obcy w domu. Wokół Marca '68/Estranged: March '68 and Its Aftermath« wurde mit über 116.000 Besuchern eine der bislang erfolgreichsten Sonderausstellungen des Museums. Sie rief zugleich zahlreiche Proteste rechtskonservativer Politiker und Publizisten hervor. Streit entzündete sich insbesondere an einer Sektion, in der jüngste öffentliche antisemitische Äußerungen parallelen Aussagen aus dem Jahr 1968 gegenübergestellt wurden. Wie sich im Laufe der Proteste herausstellte, stammten die in der Ausstellung anonymisierten aktuellen Aussagen u. a. von Journalisten des öffentlich-rechtlichen, von der *PiS* kontrollierten Fernsehens. Die Aufnahme dieser Äußerungen in die Schau wurde von Abgeordneten der *PiS* als »Schmähung der polnischen Nation« kritisiert.

Eine weitere wesentliche Rolle bei den Auseinandersetzungen um beide Museen spielte Streit um finanzielle Mittel, ob als Druckmittel der Regierung oder aber als Objekt ministerieller Begehrlichkeiten. Häufiger noch wird versucht, der Leitung von Museen finanzielles Missmanagement anzulasten, um sie angreifbar zu machen. So etwa geschehen auch im Falle des Museums des Zweiten Weltkrieges – nur blieben die intensiven Bemühungen des Ministeriums hier fruchtlos, Fälle von Fehlverhalten zu finden.

Im Falle des *ECS* beschloss das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe im Oktober 2018 die Kürzung der bisherigen jährlichen Zuwendung für das Museum um fast die Hälfte, von sieben auf vier Millionen Zloty. Eine Wiederherstellung der ursprünglichen Zuwendung machte der Minister von der Schaffung einer von seinem Ministerium zu besetzenden Position eines stellvertretenden Direktors abhängig; auch sollte die Mehrheit der Mitglieder in einem der zentralen Organe der Institution vom Ministerium ernannt werden. Hierdurch hätte der Minister Einfluss auf die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit erhalten.

Dieser unverhohlene Angriff auf die Autonomie des *ECS* rief jedoch deutlichen Widerstand hervor. Nicht nur weigerten sich zwei zentrale Träger der Einrichtung, die Stadt Danzig und die Województwo pomorze, diese Bedingungen zu akzeptieren. Mehrere Spendensammlungen für das Museum, an denen sich nicht nur Privatpersonen, sondern auch andere Kommunen beteiligten, brachten innerhalb nur weniger Wochen fast sieben Millionen Zloty auf. Hierdurch konnten die damals anstehenden Veranstaltungen

des Museums im 30. Jubiläumjahr der ersten halbfreien Parlamentswahlen von 1989 gesichert werden. Auch für die kommenden drei Jahre behält das Ministerium jedoch die geringere Zuwendungshöhe bei.

Der Direktor des *POLIN* wiederum eckte im Frühjahr 2018 im Ministerium mit seiner Weigerung an, substantielle Projektmittel (die Rede war von drei bis fünf Millionen Euro), die das Museum von einer norwegischen Stiftung eingeworben hatte, an ein zum damaligen Zeitpunkt noch nicht einmal formal existierendes anderes Museum weiterzureichen, das Museum des Warschauer Ghettos (*Muzeum Getta Warszawskiego*).

Dieser Vorgang verweist zugleich auf eine nächste Strategie, die seit dem ersten Angriff auf das *MIWŚ* immer wieder in der Auseinandersetzung der Regierung mit missliebigen Museen Anwendung fand: Die Gründung von Konkurrenzinstitutionen. Im Falle *POLINs* war dies das bereits erwähnte Museum des Warschauer Ghettos, das formal im Februar 2018 geschaffen wurde und bis 2023 eröffnet werden soll. Das Museum dupliziert mit seinem Thema – der Geschichte des Warschauer Ghettos und der Vernichtung der polnischen Juden – nicht nur ein wesentliches Element des inhaltlichen Auftrags und nicht zuletzt der Dauerausstellung *POLINs*. Es hat auch zentrale Überschneidungen mit der Dauerausstellung, die das Jüdische Historische Institut zur Geschichte des Untergrundarchivs des Warschauer Ghettos »Oneg Schabbat« zeigt. Ziel des Ministeriums scheint hier zu sein, durch die Schaffung einer eigenen neuen Institution die museale Darstellung des Themas im Sinne der eigenen Geschichtspolitik zu ermöglichen.

Ähnliche Pläne werden gerade in Danzig realisiert. Im August 2019 rief das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe zusammen mit der – heute der *PiS* nahestehenden – Gewerkschaft *Solidarność* das Institut des *Solidarność*-Erbes (*Institut Dziedzictwa Solidarności – IDS*) ins Leben. Wie in den öffentlichen Verlautbarungen der Ministeriums- und Gewerkschaftsvertreter deutlich benannt wurde, soll die neue Institution die »richtige« Geschichte der *Solidarność* präsentieren, »autorisiert« von deren heutigen Vertretern, die sich inzwischen vom *ECS* abgewendet haben. Denn bis zur Beendigung ihrer Zusammenarbeit in den Gremien des *ECS* im Februar 2019, gehörte die Gewerkschaft nicht nur zu den Gründern sondern auch zu den institutionellen Trägern der Einrichtung.

Selektives Holocaust-Gedenken

Ein weiteres Phänomen lässt sich in den vergangenen Jahren beobachten: Das bereitwillige Sich-Vereinnahmen-Lassen einer Einrichtung für geschichtspolitische Zwecke der Regierung. Eines der prominentesten Beispiele ist das Museum für die Polen, die während des Zweiten Weltkrieges Juden retteten – Museum der Fami-

lie Ulma (*Muzeum Polaków Ratujących Żydów Podczas II Wojny Światowej im. Rodziny Ulmów w Markowej*), dass im März 2016 in Markowa eröffnet wurde. Initiiert worden war das Projekt ursprünglich auf lokaler Ebene. Die Realisierung und die Trägerschaft lagen zunächst bei der Woiwodschaft Vorkarpaten (woj. podkarpackie), die den Großteil der Baukosten übernahm, wenn auch das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe eine substantielle Summe beitrug.

Seit seiner Eröffnung, die bereits unter Teilnahme von Präsident Andrzej Duda erfolgte und in fast 40 Auslandsvertretungen Polens live übertragen wurde, wird das Museum immer wieder für außenpolitische Inszenierungen der Regierung genutzt. Unter anderem besuchten im Oktober 2016 anlässlich eines Treffens der Viségrad-Staaten die Staatsoberhäupter der Slowakei, Tschechiens und Ungarns zusammen mit Andrzej Duda das Museum und legten dort Kränze an den Denkmälern nieder. Während der Kontroverse um das sogenannte Holocaust-Gesetz 2018 lud Ministerpräsident Mateusz Morawiecki Korrespondenten ausländischer Medien nach Markowa ein, um ihnen den Standpunkt der Regierung in der Debatte zu erläutern. Die herausragende Tat der namensgebenden Familie Ulma, die acht Jüdinnen und Juden während des Krieges Unterschlupf gewährte und dafür zusammen mit den von ihnen Versteckten ermordet wurde, wird dabei als Unterpand einer vermeintlich weit verbreiteten Hilfe von Polen für verfolgte Juden während des Holocaust präsentiert.

Die von Yad Vashem posthum als »Gerechte unter den Völkern« ausgezeichneten Ulmas sind inzwischen zur Ikone des selektiven und apologetischen Holocaust-Gedenkens der aktuellen Regierung geworden, die die »Gerechten« für ihre Zwecke instrumentalisiert. Dem Museum der Familie Ulma wird hierbei eine derart bedeutende Rolle zugeschrieben, dass das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe seit Ende Juni 2017 die Trägerschaft der Institution (zusammen mit der Woiwodschaft Vorkarpaten) und damit die fast vollständige Finanzierung seiner Tätigkeit übernommen hat.

Neue Museen zum polnischen Unabhängigkeitskampf

Eine letzte wesentliche Strategie zur Durchsetzung der eigenen Geschichtsvisionen klang bereits an: Die Schaffung neuer Museen, die sich zentraler geschichtspolitischer Themen annehmen. Hier sollen nur zwei Vorzeigeprojekte genannt werden, die stellvertretend für zwei weitere historische Interpretationsstränge stehen, die unter der aktuellen Regierung Konjunktur haben.

Bereits im Februar 2016 wurde das Museum der Verfeimten Soldaten und Politischen Gefangenen der Volksrepublik Polen (*Muzeum Żołnierzy Wyklętych i Więźniów Politycznych PRL*) in Warschau gegründet,

ein Projekt unter Führung des Justizministeriums von Minister Zbigniew Ziobro. Das Museum, dessen Eröffnung gegenwärtig für den 1. März 2023 geplant ist, soll sich der Geschichte des polnischen Unabhängigkeitskampfes vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis 1989, also während der »kommunistischen Besatzung« widmen. Im Vordergrund steht dabei die Ehrung der sogenannten verfeimten Soldaten. Dieser antikommunistische Untergrund, der sich überwiegend aus nationalistischen Gruppierungen speiste, formierte sich seit 1944 und führte bis Anfang der 1960er Jahre einen Partisanenkampf gegen die neue kommunistische Regierung. Mehrere dieser Gruppen führten brutale Gewaltverbrechen aus, deren Opfer meist Zivilisten waren. Die Gewaltakte richteten sich vor allem gegen nationale Minderheiten und Juden – Aspekte des »Unabhängigkeitskampfes«, die die *PiS* ebenso wie ihr nahestehende Historiker zu negieren suchen oder schlicht ignorieren.

Ein weiteres Vorzeigeprojekt der Regierung ist das Museum der Schlacht von Warschau (*Muzeum Bitwy Warszawskiej*), das gegenwärtig am historischen Ort, im Dorf Ossów in der Nähe der Hauptstadt, entsteht. Es soll die Geschichte des Sieges von 1920 erzählen, der den Umschwung zugunsten Polens im Polnisch-Sowjetischen Krieg brachte, in Polen auch als »Wunder an der Weichsel« bekannt. Erklärtes Ziel der geplanten monumentalen Anlage ist es, »den Sinn mutigen Patriotismus' und den Ruhm der polnischen Streitkräfte zu zeigen«. Initiiert wurde es 2017 als Abteilung des Museums der Polnischen Armee (*Muzeum Wojska Polskiego*) in Warschau, die Finanzierung erfolgt durch das Verteidigungsministerium.

Der langsame Fortschritt beider Projekte ist symptomatisch für das gemischte Fazit, dass man in Bezug auf die Ergebnisse der aktuellen Regierungspolitik in der Museumslandschaft des Landes ziehen kann. Viele der in den vergangenen Jahren initiierten Institutionen, so auch die beiden zuletzt genannten, befinden sich noch im Planungsstadium; ihre Eröffnung verzögert sich bereits um mehrere Jahre. Ob die Finanzierung im momentan angedachten Umfang überhaupt ermöglicht werden kann, war bereits vor Beginn der Corona-Krise unklar, denn inzwischen übersteigt die Zahl der geplanten neuen Museen bei Weitem die finanziellen Möglichkeiten nicht nur der Regierung, sondern auch von Woiwodschafts- und kommunalen Trägern.

Die Narrative der Museumslandschaft bleiben plural

Der bislang größte Erfolg der *PiS*-geführten Regierung besteht in der Übernahme des Museums des Zweiten Weltkrieges. Wie sich jedoch gezeigt hat, ist selbst in diesem Fall eine Anpassung der Museumsarbeit an die Regierungsvorstellungen nur in Teilen und keineswegs

derart unmittelbar möglich, wie erwünscht. So wurden zwar einige Elemente der Dauerausstellung inhaltlich verändert, eine grundsätzliche Anpassung der gestalterisch und technisch aufwendigen Schau würde jedoch außerordentliche finanzielle Ressourcen erfordern, die der neuen Museumsleitung nicht zur Verfügung stehen. Somit bleibt das grundsätzliche Profil der Präsentation und damit das Herzstück des Museums bislang weitgehend erhalten.

Im Falle *POLINs* gelang es dem Ministerium letztlich zwar, den Direktor zum Rückzug zu bewegen, eine weitere Einmischung in die inhaltliche Arbeit der unter starker internationaler Beobachtung stehenden Einrichtung unterblieb jedoch (bislang). Beim *ECS* wurden die diversen Versuche der Einflussnahme der Regierung durch den aktiven Widerstand einer breiten Front abgewehrt, die von den weiteren institutionellen Trägern bis hin zu Kommunen und einfachen Bürgern aus allen Landesteilen reichte. In diesen Fällen bot und bietet den Institutionen vor allem ihre besondere Trägerstruktur, die mehrere Akteure mit weitgehend gleichem Einfluss einbindet, Schutz vor weitergehender ministerieller Einflussnahme.

Trotz des zum Teil massiven Vorgehens der Regierung gegen einzelne Institutionen bleibt festzustellen,

dass die museale Landschaft Polens bis heute plural bleibt. Zahlreiche Einrichtungen eröffnen bis in die Gegenwart Ausstellungen mit eigenen Geschichtsdeutungen, welche konträr zur aktuellen staatlichen Geschichtspolitik stehen. In ihnen wird die gesellschaftliche, ethnische, religiöse und politische Vielfalt der polnischen Vergangenheit in ihren vielfältigen Facetten beleuchtet. Möglich bleibt dies durch die diverse Finanzierung musealer Einrichtungen, von denen sich der überwiegende Teil nicht in staatlicher, sondern in kommunaler Trägerschaft befindet, neben Formen freier, kirchlicher oder Hochschulorganisation. Viele Gemeinden und gerade Großstädte wiederum werden nicht von der *PiS* oder ihr nahestehenden Parteien regiert. Ein großer Teil der Museen agiert daher mit politischen Partnern bzw. institutionellen Trägern, die die Autonomie von Kultureinrichtungen respektieren und gegebenenfalls auch gegen äußere Angriffe verteidigen. Nicht zuletzt stoßen die Möglichkeiten der Regierung zur Durchsetzung ihres Geschichtsbildes in der musealen Landschaft, wie exemplarisch dargelegt, immer wieder an organisatorische oder auch finanzielle Grenzen, die ein »Durchregieren« in dieser Sphäre bislang deutlich erschweren.

Über die Autorin

Dr. Monika Heinemann ist Forschungskordinatorin am Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow in Leipzig. Sie hat an der Ludwig-Maximilians-Universität München zur Musealisierung des Zweiten Weltkrieges in Polen seit den 1980er Jahren promoviert.

Lesetipps

- Polen-Analysen Nr. 219: Das patriotische Narrativ in Polens Kulturpolitik nach 2015. Mit einem Beitrag von Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt. <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/219/>
- Polen-Analysen Nr. 240: Das »Museum für die Familie Ulma« in Markowa – ein Projekt der polnischen Geschichtspolitik. Mit einem Beitrag von Piotr Forecki, Adam-Mickiewicz-Universität, Posen. <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/240/>

Geschichtsmuseen in Polen (Auswahl)

Name der Einrichtung	Gründung/Eröffnung	Ort	Internetadresse
Museum des Warschauer Aufstandes (<i>Muzeum Powstania Warszawskiego</i>)	Eröffnung 2004	Warschau (Warszawa)	https://www.1944.pl/
Museum der Geschichte Polens (<i>Muzeum Historii Polski</i>)	Gründung 2006, im Bau, Internet-Auftritt	Warschau (Warszawa)	https://muzhp.pl/pl
Europäisches Solidarność Zentrum (<i>Europejskie Centrum Solidarności – ECS</i>)	Gründung 2007; Eröffnung des aktuellen Museumssitzes 2014	Danzig (Gdańsk)	https://www.ecs.gda.pl/
Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN (<i>Muzeum Historii Żydów Polskich POLIN</i>)	Eröffnung 2013	Warschau (Warszawa)	https://polin.pl/pl
Museum für die Polen, die während des Zweiten Weltkrieges Juden retteten – Museum der Familie Ulma (<i>Muzeum Polaków Ratujących Żydów Podczas II Wojny Światowej im. Rodziny Ulmów w Markowej</i>)	Eröffnung 2016	Markowa	https://muzeumulmow.pl/pl/
Museum des Zweiten Weltkrieges (<i>Muzeum II Wojny Światowej</i>)	Eröffnung 2017	Danzig (Gdańsk)	https://muzeum1939.pl/
Museum der Schlacht von Warschau (<i>Muzeum Bitwy Warszawskiej</i>)	Gründung 2017	Ossów	http://www.ossow1920.pl/
Museum des Warschauer Ghettos (<i>Muzeum Getta Warszawskiego</i>)	Gründung 2018	Warschau (Warszawa)	https://1943.pl/
Józef Piłsudski-Museum (<i>Muzeum Józefa Piłsudskiego w Sulejówku</i>)	geplante Eröffnung 2020	Sulejów	https://muzeumpilsudski.pl/
Museum der Verfolgten Soldaten und Politischen Gefangenen der Volksrepublik Polen (<i>Muzeum Żołnierzy Wyklętych i Więźniów Politycznych PRL</i>)	geplante Eröffnung 2023	Warschau (Warszawa)	im Aufbau

Prof. Dariusz Stola: Sie reden von Patriotismus und Nation, meinen aber das Interesse der Partei und der Fraktion

Interview, 26. April 2020

[...]

Ester Flieger, OKO.press: »Die Regierung kennzeichnet die autoritäre Tendenz, sich alle Kulturinstitutionen unterzuordnen und jetzt also ist die Zeit gekommen für [die Gedenkstätte und, d.Übers.] das Museum Auschwitz [-Birkenau, d.Übers.] und das Museum der Geschichte der Polnischen Juden POLIN [Muzeum Historii Żydów Polskich POLIN], obgleich es in letzterem Falle sehr schwierig werden wird (...), der Angriff auf dieses Museum wird internationale Empörung hervorrufen, er wird als weiterer Beweis für den Antisemitismus der Regierung betrachtet. Die »feindliche Übernahme« POLINs wäre Selbstmord. Aber [die Regierungspartei, d.Übers.] Recht und Gerechtigkeit [Prawo i Sprawiedliwość – PiS, d.Übers] wurde

zum Gefangenen ihres härtesten Wählerkerns«, sagte im Gespräch mit der Tageszeitung Gazeta Wyborcza am 7. April 2018 Professor Paweł Machcewicz. Prophetische Worte.

Dariusz Stola: Eher eine nüchterne Analyse der Situation, die ich damals auch gemacht habe. Ich habe beobachtet, was mit dem Museum des Zweiten Weltkrieges [Muzeum II Wojny Światowej] in Danzig [Gdańsk] geschah. Ich habe mir die unaufrichtigen Anschuldigungen angesehen, die an [den Direktor des Museums, d. Übers.] Paweł Machcewicz und seine Kollegen gerichtet wurden. Ich habe ihm damals gesagt, dass ihr Museum das erste ist, das zweite wird das Europäische Solidarność Zentrum [Europejskie Centrum Solidarności] sein und dann wir.

Ich habe erwartet, dass das Anschleichen auf POLIN mindestens ein halbes Jahr nach der Übernahme des Museums des Zweiten Weltkrieges durch Kulturminister Gliński beginnen wird. Dank des Mutes der Mannschaft von Machcewicz, die den Kampf aufnahm, um die von ihr geschaffene Ausstellung zu verteidigen, und vor Gericht ging, gewannen wir mehr Zeit. Für diese Haltung bin ich ihr sehr dankbar.

Aber der Angriff auf POLIN erwies sich für die regierende Partei keineswegs als Selbstmord.

Stimmt. Irgendwann werden sie sicherlich dafür bezahlen, was sie gemacht haben, aber bisher haben sie sich mit den Folgen ihres Handelns nicht auseinandergesetzt.

[...]

Im Gespräch mit Renata Kim für das Internetportal »Onet.pl« sprachen Sie über das Phänomen der »Ausweitung der Kontrolle« vonseiten der aktuellen Regierungsmannschaft, im Wochenmagazin »Tygodnik Powszechny« wiederum von der sie kennzeichnenden »internen Radikalisierungsdynamik«. Was bedeutet das?

Bei der PiS-Regierung sehe ich zwei gefährliche Tendenzen: die der Machtausweitung, das heißt der unmittelbaren Kontrolle über immer mehr neue Institutionen, darunter Kultureinrichtungen, und die der fortschreitenden Radikalisierung des Handelns in verschiedenen Bereichen. Erstere zeigt nicht nur die ungestillte Machtgier, sondern auch dass interne Bremsen fehlen – Prinzipien oder Mechanismen, die die Politiker von einem Machtanspruch abhalten, für den sie kein Mandat erhalten haben. Auch sehe ich keine wirksamen Mechanismen, die Radikalisierung aufzuhalten.

Die Regierenden werden immer radikaler, weil sie den Druck der extremen Rechten spüren. Das, wofür ich [den PiS-Vorsitzenden, d. Übers.] Jarosław Kaczyński einst geschätzt habe, das war die über Jahre wirksame Marginalisierung der extremen Rechten: Rechts von der PiS war nichts von Bedeutung. Aber es scheint, dass ihm das nicht mehr gelingt.

Ich habe den Eindruck, dass die extreme Rechte immer effektiver in der Lage ist, auf das viel mächtigere PiS-Lager Druck auszuüben. Der Schwanz hat gelernt, mit dem Hund zu wedeln.

[...]

Prof. Piotr M. Majewski, einer der Autoren der Konzeptes der Dauerausstellung im Museum des Zweiten Weltkrieges, sagte, er bevorzuge, dass sie »Gegenstand einer scharfen Auseinandersetzung wird, als dass sie nicht beachtet wird«. In Danzig ging es den Konservativen ums Ganze – ihnen gefiel nicht nur, wer das Museum gemacht hat, sondern auch nicht, vielleicht vor allem, das Museumskonzept. Verstehen Sie etwas davon, was im Zusammenhang mit POLIN geschah?

Das wurde von der Logik der Radikalisierung geleitet, von der ich vorhin gesprochen habe. Die Ausstellung »Fremd im eigenen Haus« [»Obcy w domu«] über den März '68, die den Donner der Rechten auf uns zog, unterschied sich nicht von früheren Ausstellungen. Einige Monate zuvor zeigten wir die Ausstellung »Blut. Es verbindet und trennt« [»Krew. Łączy i dzieli«]. Sie erzählte von der Bedeutung des Blutes für den Judaismus und das Christentum, aber auch von rassistischen Theorien, in denen Blut eine wichtige Rolle spielt. Einer der von uns zur Zusammenarbeit eingeladenen Künstler zeigte in der Ausstellung eine Installation, deren Thema eine Demonstration der Nationalisten in Warschau war. Das weckte keinerlei Emotionen.

Dass ein ähnlicher Bezug zur Gegenwart in der Ausstellung über den März '68 eine solche Irritation hervorrief, ergab sich nicht aus einer Veränderung im Museum, sondern aus Veränderungen im Regierungslager. Das, was früher für sie nicht kontrovers war, wurde es nun: Die Reizbarkeit der Politiker und der mit ihnen verbundenen Journalisten gegenüber allem, was nicht zu ihrer Sicht auf die polnisch-jüdische Geschichte passt, wurde stärker sowie auch die Reizbarkeit mit Blick auf jede Art von Kritik – der Hintergrund dieser deutlichen Intensivierung war der Streit über die Novelle des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken [Instytut Pamięci Narodowej – IPN] [das sogenannte Holocaust Gesetz, d. Übers.].

Ich habe sie kritisiert, denn ich konnte wirklich nicht schweigen, so dumm und schädlich war sie. Übrigens hat bis heute niemand die Konsequenzen für ihre Durchsetzung getragen, obwohl sie dem Ansehen Polens in der Welt gigantischen Schaden zugefügt hat.

[...]

»Das wissenschaftliche Milieu war nie solidarisch. Es konnte auch auf keine breitere gesellschaftliche Unterstützung zählen. Sofern auch der Umbruch des Rechtsstaates eine Handvoll Menschen auf die Straße brachte, steht keinesfalls zu erwarten, dass Massen für die Verteidigung der historischen Wahrheit demonstrieren werden«, schrieb Prof. Anna Wolff-Powęska im Internetportal »Monitor Konstytucyjny«. Mangelte es nicht an Solidarität in Ihrer Angelegenheit?

Das Museum POLIN und ich persönlich erhielten eine Vielzahl von Solidaritätsbekundungen. Uns haben sowohl Menschen als auch Institutionen unterstützt: Geäußert hat sich der Museumsrat, die Schenker des Museums, die Vereinigung Europäischer Jüdischer Museen, das polnische Komitee des International Council of Museums (des wichtigsten globalen Museumsverbands), verschiedene jüdische Organisationen in Polen und im Ausland. Die Stimmen ernstzunehmender Institutionen und Menschen, denen andere Regierungen Aufmerksamkeit schenken würden, haben jetzt an Bedeutung verloren.

Es zählt nur die Stärke. Aber das ist kurzsichtig: Ein Mensch, der so auftritt, vergisst, dass er schließlich auf einen Stärkeren treffen wird, und auf welche Grundsätze und Werte wird er sich dann berufen? Ein Beispiel wäre die neueste Krise, die die Angriffe [des russischen Präsidenten, d.Übers.] Wladimir Putin auf Polen hervorgerufen haben.

Unsere Regierung, die vorher Abneigung gegenüber geachteten Wissenschaftlern und Geringschätzung der historischen Wahrheit an den Tag gelegt hat, musste sich mit jemandem messen, der diese Werte noch stärker geringschätzt und viel mächtiger ist.

Ich habe die Kommentare in der globalen Presse gelesen und es waren auch solche darunter, dass sich Polen über die russischen Manipulationen der Geschichte beklagt, aber selbst auch nicht frei davon ist. Solche Meinungen schwächen unsere Position, unsere Glaubwürdigkeit als Land. Den Preis für die Kurzsichtigkeit der Regierung zahlen wir alle.

Allerdings kann ich der Meinung von Frau Prof. Wolff-Powęska, die ich sehr schätze, nicht zustimmen. Vielleicht gehen keine Massen auf die Straße, um die historische Wahrheit zu verteidigen, aber die verwehrte Zustimmung gegenüber der Lüge ist gewöhnlich ein wichtiger Faktor beim Aufruhr gegen verlogene Regierungen, und die Bemühungen, den Mitbürgern die Lügen bewusst zu machen, können die Legitimierung solcher Regierungen wirksam infrage stellen.

Eine verlogene Erinnerungspolitik geht gewöhnlich mit anderen schädlichen Politiken einher, denn sie dient ja deren Begründung. Sie zeugt auch von der Geringschätzung der betrogenen Bürger, und diese Mischung ist in der Lage, die Massen auf die Straße zu bringen oder ein Wahlergebnis zu verändern.

Im Jahr 2016 schrieben die Historiker Andrzej Nowak und Timothy Snyder gemeinsam einen Brief, in dem sie dazu aufriefen, das Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig in der Gestalt zu eröffnen, die seine Urheber vorgesehen hatten. In einem Interview für den »Tygodnik Powszechny« erinnern Sie daran, dass POLIN auch dank einer Vereinbarung zwischen dem [konservativen Stadtpräsidenten von Warschau, d.Übers.] Lech Kaczyński und den Politikern der [linken, d.Übers] Regierung der Demokratischen Linksallianz [Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD] entstand. Heute fällt es schwer, sich das alles vorzustellen.

Es verschwindet die Fähigkeit des Gesprächs über die Gräben hinweg, das ist einer der größten Verluste, den wir in den letzten Jahren erlitten haben. Und dabei hatten wir auf diesem Gebiet große Erfolge, die auf dem Fundament der Idee des Dialogs und der Solidarität gründeten. Ich meine nicht nur die friedliche Revolution von 1989, sondern auch unsere historischen Debatten.

Die Geschichte der polnischen Debatten über den Holocaust, die noch in der Volksrepublik Polen begannen und ihr höchstes Niveau und ihre höchste Intensität Anfang des 21. Jahrhunderts während der Auseinandersetzung über das Verbrechen in Jedwabne erreichten, zeigt, wie wir schrittweise eine Sprache entwickelt haben, mit der man über die schwierigsten Themen sprechen kann.

Das war ein mühseliger Prozess, aber ehrenvoll!

[...]

Sie sagten, Sie träumen davon, dass die Geschichte wichtig sei. Es gibt eine Redensart, wenn »die Götter uns bestrafen wollen, erhören sie unsere Gebete«. Ihr Traum erwies sich als Fluch. Die gegenwärtig betriebene Erinnerungspolitik ist brutal.

Erinnerungspolitik ist eine gute Bezeichnung, besser als Geschichtspolitik, denn es geht dabei in großen Maße um die Formung der gesellschaftlichen Vorstellungen von der Vergangenheit. Ich stimme Timothy Snyder zu, dass die Geschichte heute von der Expansion einer selbstsicheren Erinnerung bedroht ist. Geschichte und Erinnerung sind voneinander abhängige, aber unterschiedliche Arten, sich auf die Vergangenheit zu beziehen.

Das gesellschaftliche Gedächtnis braucht die Geschichte, das heißt die kritische Reflexion über die Vergangenheit, um keinen Lügen zu unterliegen. Leider ist ein Teil der zurzeit betriebenen Erinnerungspolitik nicht nur eine unverschämte Propaganda verfälschter Bilder von der Vergangenheit, sondern es sind auch Angriffe auf den kritischen Blick auf die Vergangenheit, auf die Historiker, die diesen kritischen Kraftakt unternehmen.

Die langfristigen Folgen werden fatal sein: zuerst die Epidemie der Verfälschung und des gewöhnlichen Unsinn, dann der Vertrauensverlust gegenüber den offiziellen Narrationen und der Anstieg des Zynismus.

Als vor Jahren das intellektuelle Fundament unter die Erinnerungspolitik der aktuellen Regierung gelegt wurde, stellten ihre Urheber fest, dass sie dem Aufbau der nationalen Gemeinschaft dienen solle. Dann sollen sie doch zeigen, welche Elemente der aktuellen Politik diesem Ziel dienen und das Parteiinteresse übersteigen. Der Kult der »verfemten Soldaten«, der auch Verbrecher umfasst? Die Feierlichkeiten zum [Unabhängigkeitstag am, d. Übers.] 11. November mit Neonazis an der Spitze? Die Zerstörung der Überzeugung, dass die Polen im Jahr 1989 etwas Großes vollbracht haben? Die Angriffe auf das Europäische Solidarność Zentrum, das redlich und schön die Geschichte dieser großartigen Bewegung zeigt?

[...]

Die Manipulationen erinnern mich an die sowjetische Redensart, dass klar ist, wie die Zukunft wird – siegen wird die sozialistische Revolution – aber nicht klar, wie die Vergangenheit wird.

[...]

Lasst uns also nicht gegen die Erinnerungspolitik kämpfen, sondern um eine gute Erinnerungspolitik, und diese braucht die Geschichtswissenschaft und unterstützt sie. Die Geschichtswissenschaft erfüllt eine wichtige Rolle, etwas in der Art eines Impfstoffes, der uns vor Gedächtniskrankheiten schützt.

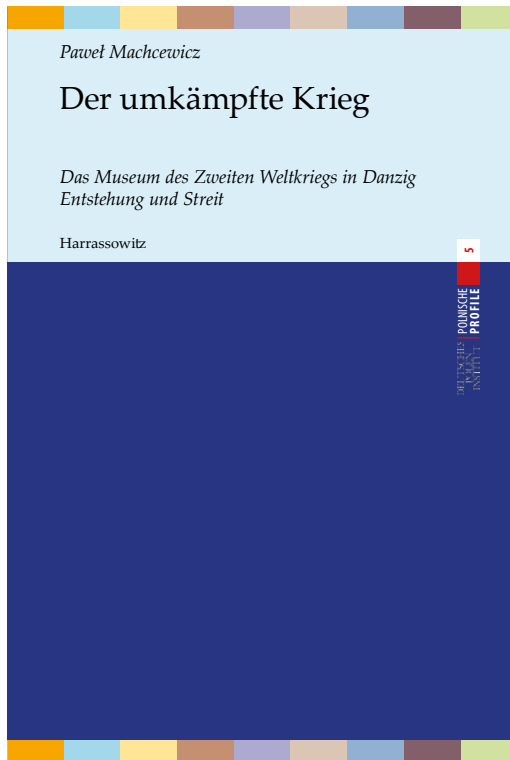
Wenn im gesellschaftlichen Gedächtnis gefährliche Lügen auftauchen, sind Historiker notwendig, die es verstehen sie zu enthüllen und die sich nicht fürchten dies zu tun, auch wenn es jemand nicht gefällt. Andernfalls kann diese Krankheit tödlich verlaufen, im wörtlichen Sinne: Falsche Mythen haben nicht nur ein Mal Nationen in den Krieg geführt. In den gesellschaftlichen Diskussionen über die Vergangenheit haben die Historiker die Funktion des Händewaschens – sie versuchen, gefährliche Viren aus unserem Leben auszusondern, die sich verbreiten und unser ganzes gesellschaftliches Leben mit Hass, Ressentiments und Feindseligkeit vergiften können.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Prof. Dariusz Stola, Historiker am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften [Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk], von 2014 bis 2019 Direktor des Museums der Geschichte der Polnischen Juden POLIN [Muzeum Historii Żydów Polskich POLIN], beschäftigt sich mit der Geschichte der polnisch-jüdischen Beziehungen, der Volksrepublik Polen und der internationalen Migration im 20. Jahrhundert. Er ist Autor von u. a. »Kampania antysyjonistyczna w Polsce 1967-1968« [Die antizionistische Kampagne in Polen 1967–1968] und »Kraj bez wyjścia? Migracje z Polski 1948-1989« [Land ohne Ausgang? Migrationen aus Polen 1948–1989].

Quelle: OKO.press: Prof. Stola: Krzywą o patriotyzmie i narodzie, ale kierują się interesem partii czy frakcji. <https://oko.press/prof-stola-mamy-zbyt-wiele-dowodow-zaslepienia-wladzy/> (abgerufen am 30.06.2020) mit freundlicher Genehmigung für Übersetzung und Abdruck von OKO.press

Paweł Machcewicz: Der umkämpfte Krieg



Paweł Machcewicz: Der umkämpfte Krieg

Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit

Aus dem Polnischen von Peter Oliver Loew. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2018 (Polnische Profile, Bd. 5), 250 S., Farbabbildungen, 22,90 EUR

Rezensionsexemplare: rezensionen@harrassowitz.de

Das Museum des Zweiten Weltkriegs war der Versuch, die Geschichte dieses Kriegs aus einer globalen Perspektive darzustellen und mit der polnischen Sichtweise zu verbinden. Paweł Machcewicz und sein Team haben das 2017 eröffnete Museum zu einer einzigartigen Erzählung über den Krieg werden lassen. Doch die seit 2015 amtierende national-konservative Regierung erklärte, es sei unpolnisch und nicht militärisch genug. Nach langem Tauziehen wurde die Museumsleitung im Frühjahr 2017 entlassen. Paweł Machcewicz »zeigt in seinem Buch eindrücklich, wie schwierig es ist, eine gemeinsame Sprache zu finden, um den Zweiten Weltkrieg zu beschreiben« (Ulrich Herbert).

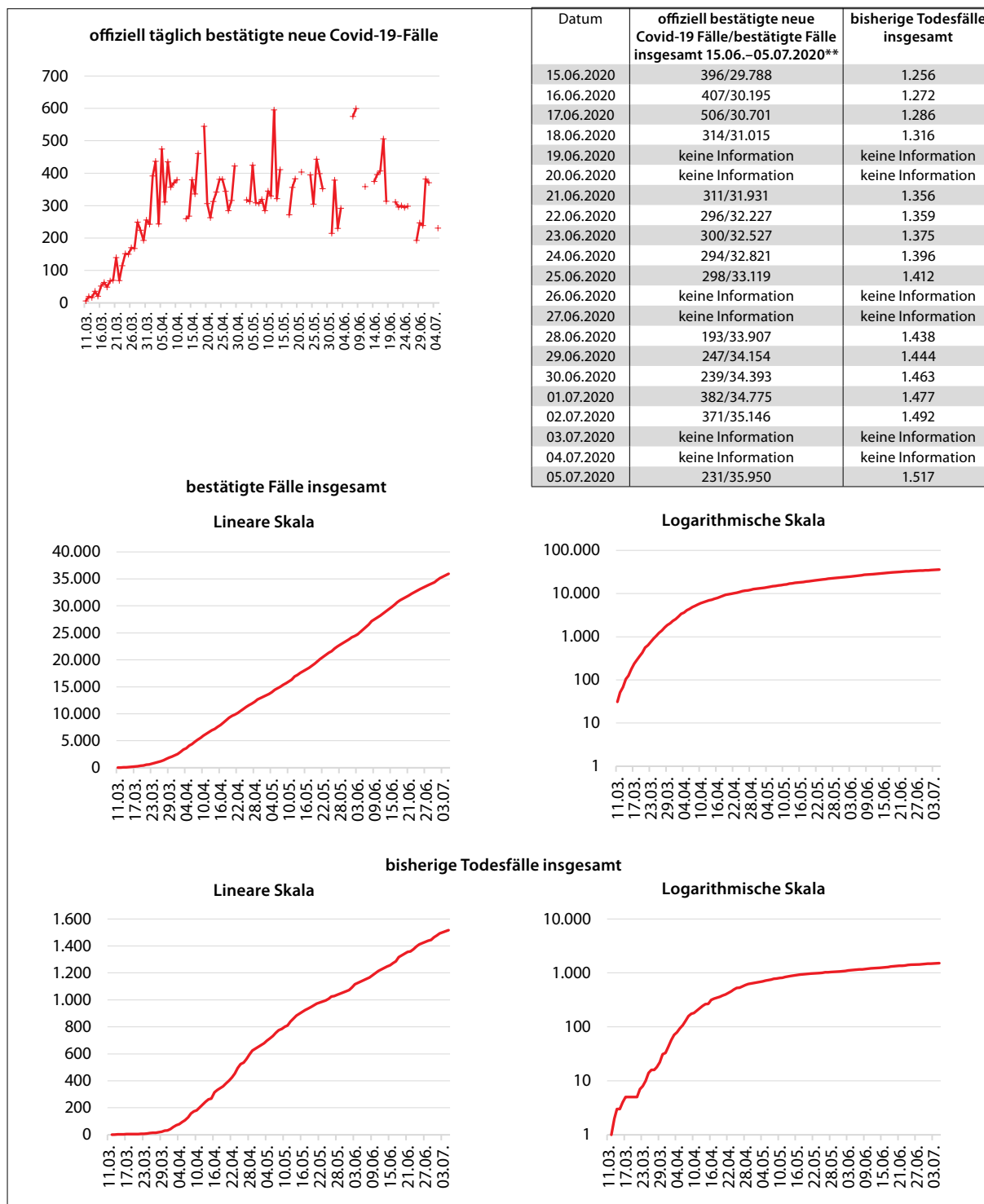
»Die Art und Weise, wie die kommenden Generationen von Polen sich selbst, die Demokratie und Europa sehen werden, hängt zumindest zu einem gewissen Grad davon ab, ob sie einen Zugang zur komplizierten Geschichte ihres Landes während des Zweiten Weltkriegs haben werden. Das erste vom Museum aufgegriffene Thema, der Zusammenbruch der Demokratie, könnte nicht dringender sein als heute. Die Präsentation des Krieges als weltumspannende Tragödie könnte nicht lehrreicher sein. Die Beseitigung des Museums ist ein Schlag gegen das globale Kulturerbe.« Timothy Snyder

Paweł Machcewicz (geb. 1966) ist Professor für Geschichte am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften. Er hat wichtige Bücher über den Zweiten Weltkrieg, den Kommunismus und den Kalten Krieg geschrieben. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig ist auf seine Anregung hin entstanden; zwischen 2008 und 2017 war er sein Direktor.

STATISTIK

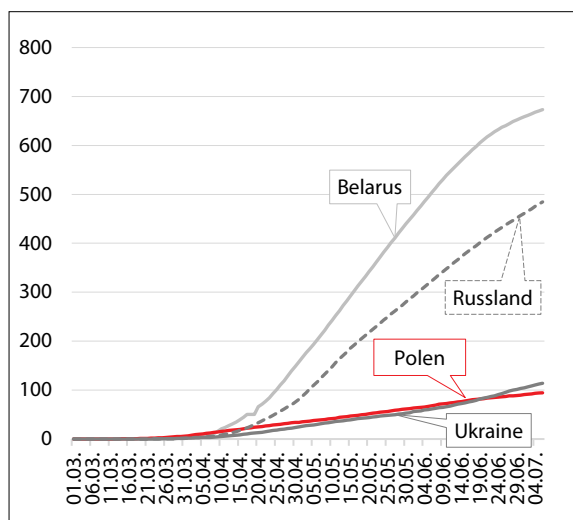
Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die offiziellen Daten der polnischen Regierung zur Covid-19-Epidemie in Polen (11. März* – 5. Juli 2020)



* Beginn der Veröffentlichung der Fallzahlen in u. g. Quelle ** Für die Zahlen vom 11.03.–17.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 16, vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 14 und vom 01.06.–14.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 13.
 Quelle: Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Präses des Ministerrates]; Biuletyn Informacyjny Centrum Analiz Strategicznych [Informationsbulletin des Zentrums für Strategische Analysen]; Stan epidemiologiczny w Polsce [Der epidemiologische Stand in Polen]. <https://www.gov.pl/web/premier/komunikaty-cir>

Grafik 2: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 6. Juli 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17, für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15 und für die Zahlen vom 02.–15.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 14.

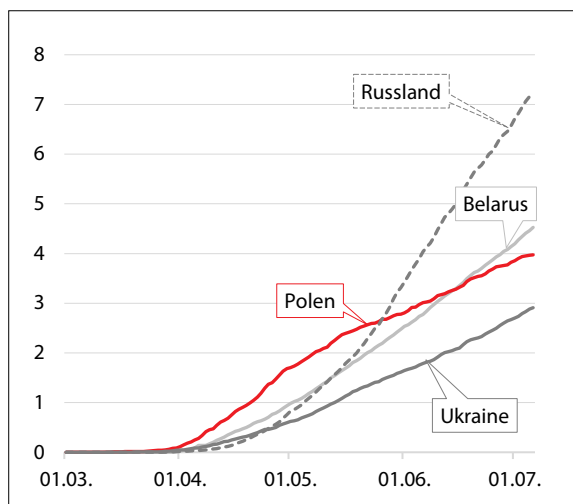
Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 06.07.2020, 14:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 im Vergleich (16. Juni – 6. Juli 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
16.06.	55.369	30.195	544.725	33.209
17.06.	56.032	30.701	552.549	33.986
18.06.	56.657	31.015	560.321	34.833
19.06.	57.333	31.316	568.292	35.755
20.06.	57.936	31.620	576.162	36.615
21.06.	58.505	31.931	583.879	37.361
22.06.	59.023	32.227	591.465	38.056
23.06.	59.487	32.527	598.878	38.901
24.06.	59.945	32.821	606.043	39.852
25.06.	60.382	33.119	613.148	40.854
26.06.	60.713	33.395	619.936	41.975
27.06.	61.095	33.714	626.779	42.932
28.06.	61.475	33.907	633.563	43.856
29.06.	61.790	34.154	640.246	44.538
30.06.	62.118	34.393	646.929	45.254
01.07.	62.424	34.775	653.479	45.924
02.07.	62.698	35.146	660.231	46.821
03.07.	62.997	35.405	666.941	47.705
04.07.	63.270	35.719	673.564	48.628
05.07.	63.554	35.950	680.283	49.468
06.07.	63.804	36.155	686.777	50.053

Grafik 3: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 6. Juli 2020, Johns-Hopkins-Universität)



Für die Zahlen vom 01.03.–04.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 255 S. 17, für die Zahlen vom 05.–18.05.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 256, S. 17, für die Zahlen vom 18.05.–01.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 257, S. 15 und für die Zahlen vom 02.–15.06.2020 siehe Polen-Analysen Nr. 258, S. 15.

Auch wenn die Zahlen alle aus einer Quelle stammen, sind sie nur begrenzt vergleichbar, da sich zwischen den Ländern der Umfang der Tests und die Erfassung von Covid-19 als Todesursache teilweise deutlich unterscheiden.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 06.07.2020, 14:32 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 im Vergleich (16. Juni – 6. Juli 2020, Johns-Hopkins-Universität)

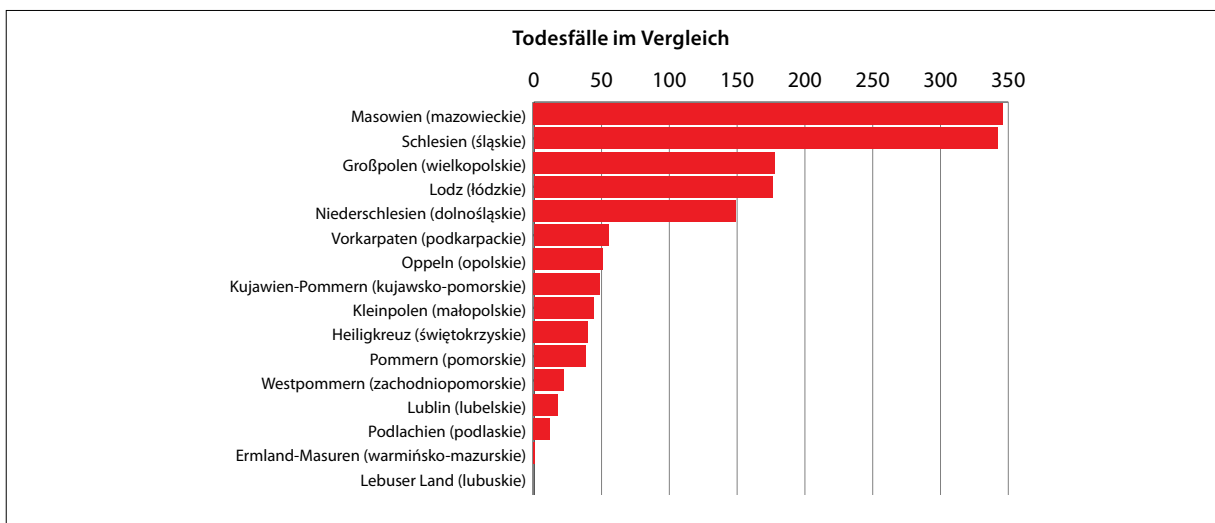
Datum	Belarus	Polen	Russland	Ukraine
16.06.	318	1.272	7.274	922
17.06.	324	1.286	7.468	953
18.06.	331	1.316	7.650	976
19.06.	337	1.334	7.831	995
20.06.	343	1.346	7.992	1.004
21.06.	346	1.356	8.101	1.012
22.06.	351	1.359	8.196	1.022
23.06.	357	1.375	8.349	1.045
24.06.	362	1.396	8.503	1.061
25.06.	367	1.412	8.594	1.078
26.06.	373	1.429	8.770	1.097
27.06.	377	1.435	8.958	1.121
28.06.	383	1.438	9.060	1.142
29.06.	387	1.444	9.152	1.161
30.06.	392	1.463	9.306	1.173
01.07.	398	1.477	9.521	1.188
02.07.	405	1.492	9.668	1.200
03.07.	412	1.507	9.844	1.227
04.07.	418	1.512	10.011	1.243
05.07.	423	1.517	10.145	1.265
06.07.	429	1.521	10.271	1.278

Grafik 4: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (6. Juli 2020, 10.30 Uhr)



Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Schlesien (śląskie)	13.312	342
Masowien (mazowieckie)	5.208	346
Niederschlesien (dolnośląskie)	2.941	149
Großpolen (wielkopolskie)	2.950	178
Lodz (łódzkie)	3.278	176
Kleinpolen (małopolskie)	1.863	44
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	684	49
Oppeln (opolskie)	973	51

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Pommern (pomorskie)	688	38
Westpommern (zachodniopomorskie)	621	22
Lublin (lubelskie)	718	18
Podlachien (podlaskie)	880	12
Vorkarpaten (podkarpackie)	774	55
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	839	40
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	274	1
Lebuser Land (lubuskie)	152	0



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24 <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-wykres-ponad-36-tys-przypadkow-zmarlo-1521-osob-6-lipca-2020-4344739> (abgerufen am 06.07.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 16. Juni – 6. Juli 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
16.06.2020	30.195/1.272	Das Gesundheitsministerium gibt bekannt, dass aus dem Programm »Wissen Bildung Entwicklung« knapp 250 Mio. Zloty bereit gestellt werden, die im Rahmen der Corona-Epidemie für Schutzkleidung, Desinfektionsmittel u. ä. sowie als Gehaltszuschuss für Pflegepersonal verwendet werden sollen.
17.06.2020	30.701/1.286	Nach neuesten Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) belief sich der Export im Zeitraum von Januar bis April 2020 auf 74,6 Mrd. Euro; dies ist ein Rückgang von 5,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Der Import betrug den Wert von 73,8 Mrd. Euro; 5,8 % weniger als im Vergleichszeitraum 2019. Eine Ursache des Rückgangs ist die Corona-Pandemie, die zu einem wirtschaftlichen Stillstand in Polen und anderen Staaten geführt hat.
18.06.2020	31.015/1.316	Nach neuesten Angaben des Ministeriums für Entwicklung wurden bisher 87,74 Mrd. Zloty aus nationalen und europäischen Fonds im Rahmen des »Antikrisenschildes« zur Unterstützung von Unternehmern und Selbständigen in der Corona-Krise ausgezahlt.
19.06.2020	31.316/1.334	Der Sejm beschließt einen sogenannten Tourismus-Bon in Höhe von 500 Zloty pro Kind (424 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, zwölf Enthaltungen). Der zweckgebundene Zuschuss kann bis zum 31. März 2021 eingesetzt werden und soll finanzielle Engpässe der Familien infolge der Corona-Epidemie ausgleichen sowie die Tourismusbranche unterstützen.
19.06.2020		Jadwiga Emilewicz, Ministerin für Entwicklung, kündigt an, dass die Beschränkung der Anzahl der Passagiere bei regulären Flügen und bei Charterflügen ab dem 1. Juli aufgehoben wird. Die Anordnung, dass nur die Hälfte der Plätze belegt werden darf, galt ab dem 29. Mai aufgrund der Corona-Pandemie.
20.06.2020	31.620/1.346	
21.06.2020	31.931/1.356	
22.06.2020	32.227/1.359	
23.06.2020	32.527/1.375	Die zwölfte gemeinsame Sitzung des polnischen und des ukrainischen Parlaments findet aufgrund der Corona-Pandemie als Videokonferenz statt. Die ukrainische Seite ruft Polen dazu auf, wieder alle Grenzübergänge zur Ukraine zu öffnen, die wegen der Pandemie geschlossen sind.
24.06.2020	32.821/1.396	Bei seinem eintägigen Besuch in Washington trifft sich Präsident Andrzej Duda mit US-Präsident Donald Trump. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichten sich beide Seiten, die »enge Zusammenarbeit« bei der Entwicklung eines Impfstoffs und einer Therapie gegen Covid-19 fortzusetzen, und unterstreichen die Bedeutung der Transparenz und des Informationsaustausches sowie freier und effektiver internationaler Organisationen bei der Bekämpfung zukünftiger Pandemien.
24.06.2020		Nach neuesten Schätzungen des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny – GUS) fiel die Anzahl der Grenzübertritte im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10,7 % bei den Einwohnern Polens und um 11,7 % im Falle der nicht in Polen Ansässigen. Der Rückgang ist auf den allgemeinen »Lockdown« und die Grenzschließung aufgrund der Corona-Pandemie zurückzuführen.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
25.06.2020	33.119/1.412	Der stellvertretende Außenminister Paweł Jabłoński teilt mit, dass am selben Tag ein Flugzeugtransport mit Hilfsgütern im Wert von knapp 87 Mio. Zloty zur Bekämpfung von Covid-19 nach Baku (Aserbaidschan) startet. Empfänger ist die obligatorische Krankenversicherung in Aserbaidschan. Vor einer Woche wurden ähnliche Sendungen nach Armenien und Georgien gebracht.
25.06.2020		Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sagt in einem Radiointerview, dass im Falle einer zweiten Welle von Corona-Infektionen im Herbst kein erneuter umfassender »Lockdown« der Wirtschaft veranlasst werden würde, sondern Beschränkungen beschlossen werden würden. Weiter gibt Morawiecki bekannt, dass der Präsenzunterricht in den Schulen und Universitäten ab September bzw. Oktober wieder aufgenommen wird. Infolge der Corona-Epidemie wurde Mitte März der Fernunterricht eingeführt.
26.06.2020	33.395/1.429	
27.06.2020	33.714/1.435	Der Gesundheitsminister der Tschechischen Republik, Adam Vojtěch, gibt bekannt, dass aufgrund der verbesserten epidemiologischen Lage in der Woiwodschaft Schlesien (województwo śląskie) die ab dem 15. Juni geltenden Einreisebeschränkungen für die Einwohner der Woiwodschaft in die Tschechische Republik in der kommenden Woche gelockert werden. Bisher musste ein negativer Corona-Test vorgewiesen werden bzw. galt eine zweiwöchige Quarantäne.
28.06.2020	33.907/1.438	
29.06.2020		Das Gesundheitsministerium teilt mit, dass bisher 1.499.000 Covid-19-Tests in Polen durchgeführt wurden. Die meistens Tests wurden in der Woiwodschaft Masowien (województwo mazowsze) durchgeführt, das sind ca. 368.000, in der Woiwodschaft Großpolen (woj. wielkopolskie) – ca. 150.000 und in der Woiwodschaft Schlesien (woj. śląskie) – ca. 148.000. Festgestellt wurden bisher 34.154 Infizierte, von denen 1.444 Personen starben.
30.06.2020	34.393/1.463	
01.07.2020	34.775/1.477	Der stellvertretende Gesundheitsminister Janusz Cieszyński teilt mit, dass aktuell nicht beabsichtigt wird, eine verpflichtende Impfung gegen Covid-19 durchzuführen, wenn ein Impfstoff vorliegt.
01.07.2020		Nach einer Umfrage von ARC Rynek i Opinia würden sich 37 % der Polen gegen Covid-19 impfen lassen, wenn es einen Impfstoff gäbe, 28 % wären dagegen und 34 % hatten keine Meinung zu dem Thema.
02.07.2020	35.146/1.492	Der Senat leitet das von Präsident Andrzej Duda initiierte Gesetz über den Tourismus-Bonus in Höhe von 500 Zloty für jedes Kind an den Sejm zurück. Der Senat schlägt einstimmig vor, den Adressatenkreis um Renten- und Pensionsempfänger zu erweitern. Der zweckgebundene Gutschein soll die vom »Lockdown« infolge der Corona-Epidemie betroffene Tourismusbranche und Familien unterstützen.
03.07.2020	35.405/1.507	Ab dem 3. Juli 2020 gilt kraft einer Verfügung des Ministerrates, dass sich polnische Staatsbürger nicht mehr in eine zweiwöchige Quarantäne begeben müssen, wenn sie über eine EU-Außengrenze nach Polen einreisen. Dies gilt auch für EU-Bürger, Bürger der Schweiz und der EFTA.
04.07.2020	35.719/1.512	
05.07.2020	35.950/1.517	
06.07.2020	36.155/1.521	

* Daten der Johns-Hopkins-University Stand: 06.07.2020. 14:32 Uhr MESZ

16. Juni – 6. Juli 2020

16.06.2020	Im Rahmen seines Besuches in Warschau bei Außenminister Jacek Czaputowicz unterzeichnet Bundesaußenminister Heiko Maas nach Angaben des Auswärtigen Amtes eine Zustiftungsvereinbarung über 60 Millionen Euro für die »Stiftung Auschwitz-Birkenau«. Die Stiftung sorgt für den Erhalt und die Restaurierung der Gedenkstätten des ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagers im besetzten Polen.
18.06.2020	In Kattowitz (Katowice) tagt der Exekutivrat des »Programms für Schlesien«, das 2017 entstand und in der »Strategie für eine Verantwortungsvolle Entwicklung« der Regierung angesiedelt ist. Das Ziel ist die langfristige wirtschaftliche Transformation der Wirtschaft Schlesiens vom Bergbau und Hüttenwesen zu innovativen Technologien. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki übernimmt den Vorsitz des Exekutivrates und sagt, dass die laufenden Verhandlungen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens (2021–2027) die Chance für große finanzielle Mittel für die energetische Transformation Schlesiens und Polens sind.
19.06.2020	Der Sejm verabschiedet mit 443 Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen und vier Enthaltungen die Novelle des Gesetzes über das Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej – IPN), die die Verjährung sogenannter kommunistischer Straftaten in der Volksrepublik Polen aufhebt und deren Verfolgung durch die Staatsanwälte des IPN weiter ermöglicht. Die Novelle hat die Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in der vergangenen Woche in den Sejm eingebracht.
21.06.2020	Präsident Andrzej Duda nimmt in Krakau an der Sitzung des Krisenstabs der Woiwodschaft Kleinpolen (województwo małopolskie) teil, der wegen der Überschwemmung mehrerer Landkreise einberufen wurde. Duda kündigt Soforthilfen in Höhe von 6.000 Zloty für Gebäudeschäden durch das Hochwasser an.
23.06.2020	Die zwölfte gemeinsame Sitzung des polnischen und des ukrainischen Parlaments findet als online-Sitzung statt. Thematisiert werden u. a. die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Sicherheit in der Region und die militärische Zusammenarbeit sowie die Kooperation im Energiesektor. Die ukrainische Seite zeigt sich bereit, ihre Erfahrungen bei der Bekämpfung russischer Propaganda- und Desinformationskampagnen zur Verfügung zu stellen.
24.06.2020	In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sich US-Präsident Donald Trump und Präsident Andrzej Duda für die Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit im Verteidigungssektor aus, u. a. durch die geplanten amerikanischen Verteidigungs- und Abschreckungskapazitäten in Polen, und bestätigen die finanziellen Verpflichtungen gegenüber der NATO. Weiter betonen sie die Bedeutung der Energie-Diversifizierung für die nationale Sicherheit sowie der US-Flüssiggaslieferungen (LNG) nach Polen und zeigen sich zufrieden über den Beginn der Zusammenarbeit bei der zivilen Nutzung der Kernenergie in Polen. Dudas eintägiger Besuch in Washington wird von den Oppositionsparteien als Wahlkampfakt im polnischen Präsidentschaftswahlkampf kritisiert. Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen findet am 28. Juni statt.
25.06.2020	Andrzej Dera, Staatssekretär der Präsidialkanzlei, stellt in einem Interview des Fernsehsenders TVN 24 fest, dass der Bau eines Atomkraftwerkes in Polen für die Energieversorgung des Landes wichtig sei. Atomkraft sei eine stabile Energiequelle, die ökologisch am wenigsten Schaden verursache. Da die US-amerikanische Technologie die beste sei, sollte diese genutzt werden. Am Vortag haben Präsident Andrzej Duda und US-Präsident Donald Trump in Washington den Beginn der Zusammenarbeit im Bereich der zivilen Nutzung der Atomkraft angekündigt.
26.06.2020	Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch, sagt in einem Radiointerview des 1. Programms des Polnischen Radio (Polskie Radio), Präsident Andrzej Duda setze sich dafür ein, dass sich die Zahl der in Europa stationierten US-amerikanischen Soldaten nicht verringere, sondern sogar größer werde. Insofern sei Duda bei seinem Besuch bei dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump vor zwei Tagen als Vertreter der europäischen NATO-Partner aufgetreten, so Soloch.
27.06.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki besucht die von den Starkregenereignissen am Vortag betroffenen Gebiete in der Woiwodschaft Vorkarpaten (województwo podkarpackie). Er sei im Gespräch mit Verteidigungsminister Mariusz Błaszczak und Innenminister Mariusz Kamiński, um Personal und Räumgeräte zur Beseitigung der Schäden bereit zu stellen, sagt Morawiecki. Außerdem kündigt er rasche finanzielle Hilfe für den Wiederaufbau der beschädigten Infrastruktur an.
28.06.2020	In Polen findet der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahlen statt. Es kandidieren der amtierende Präsident Andrzej Duda für Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Rafał Trzaskowski für die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Władysław Kosiniak-Kamysz für die Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Robert Biedroń für Die Linke (Lewica), Krzysztof Bosak für die Konföderation (Konfederacja) sowie die unabhängigen Kandidaten Szymon Hołownia, Marek Jakubiak, Mirosław Piotrowski, Paweł Tanajno, Waldemar Witkowski und Stanisław Żółtek.

29.06.2020	Nach dem ersten Wahlgang der Präsidentenwahlen am Vortag zeigt sich der amtierende und wieder für die Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) kandidierende Präsident Andrzej Duda zuversichtlich, dass er im zweiten Wahlgang auch die Stimme von Wählern erhalten wird, die im ersten Wahlgang für den Kandidaten der populistischen rechtsnationalen Konföderation (Konfederacja), Krzysztof Bosak, gestimmt haben. Mit Bosak teile er traditionelle Werte, u. a. den der traditionellen Familie, und das Einvernehmen über die große Bedeutung Polens.
30.06.2020	Die Staatliche Wahlkommission gibt das Endergebnis des ersten Wahlganges der Präsidentenwahlen am 28. Juni bekannt. Andrzej Duda 43,5 %, Rafał Trzaskowski 30,46 %, Szymon Hołownia 13,87 %, Krzysztof Bosak 6,78 %, Władysław Kosiniak-Kamysz 2,36 %, Robert Biedroń 2,22 %, Stanisław Żółtek 0,23 %, Marek Jakubiak 0,17 %, Paweł Tanajno 0,14 %, Waldemar Witkowski 0,14 %, Mirosław Piotrowski 0,11 %. Die Wahlbeteiligung betrug 64,51 %. Im zweiten Wahlgang am 12. Juli 2020 werden Duda und Trzaskowski gegeneinander antreten.
01.07.2020	In einem Telefonat mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Charles Michel, zur Vorbereitung der Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–2027) hebt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki die Bedeutung der Kohäsionspolitik und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union hervor. Die GAP habe Schlüsselbedeutung für die Ernährungssicherheit Europas und eine ausgeglichene Klimapolitik und müsse daher gestärkt werden. Außerdem spricht sich Morawiecki dafür aus, dass Europa im Bereich der Landwirtschaft unabhängiger von Drittstaaten wird.
02.07.2020	Der Senat fasst den Beschluss (50 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen, 30 Enthaltungen), einen Sonderausschuss für Klimaangelegenheiten zu berufen. Er soll die Klimapolitik Polens mitgestalten und sich u. a. mit Fragen der Klimaneutralität und Biodiversität, geschlossenen Wirtschaftskreisläufen und Klimaanpassungskonzepten befassen.
03.07.2020	In einem Radiointerview des 1. Programms des Polnischen Radio (Polskie Radio) bekräftigt Regierungssprecher Piotr Müller, dass Polen bei den Verhandlungen über den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021–2027) keinem Mechanismus zustimmen wird, der die Zahlung von EU-Geldern von der Bewertung der Situation der Rechtsstaatlichkeit im betreffenden EU-Mitgliedsstaat abhängig macht, da das Justizwesen allein in den Kompetenzbereich des Nationalstaates falle. Der mehrjährige EU-Finanzrahmen wird das Thema eines EU-Sondergipfels am 17. und 18. Juli sein.
03.07.2020	Bei einem Treffen der Ministerpräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Warschau übernimmt Ministerpräsident Mateusz Morawiecki von seinem tschechischen Amtskollegen Andrej Babiš turnusmäßig den Vorsitz in der Gruppe für zwölf Monate. Ein Schwerpunkt des polnischen Vorsitzes soll die Entwicklung der Zusammenarbeit der Gruppe im Bereich der Digitalisierung (künstliche Intelligenz, Robotertechnik, Cybersicherheit) sein.
05.07.2020	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigt die Einrichtung eines »patriotischen Fonds« in naher Zukunft an. Er soll eingesetzt werden, um eine patriotische Haltung auszubilden und soll sowohl Hobbyhistoriker als auch Wissenschaftler und patriotisch ausgerichtete Stiftungen und Organisationen unterstützen. Der moderne Staat müsse seine Stärke auf einen gesunden Patriotismus und Wirtschaftskraft gründen, so Morawiecki. In der »Dritten Republik« habe die sogenannte Pädagogik der Scham einen zu großen Raum eingenommen.
06.07.2020	Präsident Andrzej Duda unterzeichnet einen Gesetzesentwurf für eine Verfassungsänderung, der gleichgeschlechtlichen Paaren die Adoption von Kindern verbietet.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

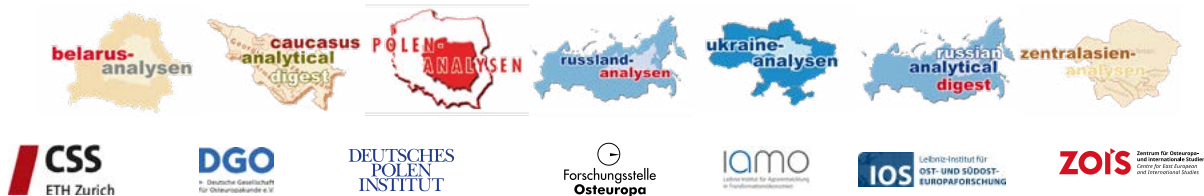
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.